

BFH – Anhängige Verfahren

- **AO § 57:**
Verein, Gemeinnützigkeit, Jagd, Jägerprüfung, Zweckbetrieb, Satzung, Unmittelbarkeit

Bundesfinanzhof Az: V R 26/20

1. Kann ein wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb nur dann als begünstigter Zweckbetrieb i.S. von § 65 AO angesehen werden, wenn die Körperschaft den Zweckbetrieb zur Verwirklichung ihrer satzungsmäßigen Zwecke unbedingt und unmittelbar benötigt? 2. Stellt die Durchführung und Abnahme von Jägerprüfungen durch einen gemeinnützigen Verein, zu dessen Vereinszweck u.a. Naturschutz und Landschaftspflege durch Hege und Pflege von Wild gehört, einen Zweckbetrieb dar?

- **AStG § 6 Abs 1 S 1:**
Außensteuerrecht, Wegzugsbesteuerung, Schweiz, Stundung, Ratenzahlung

Bundesfinanzhof Az: I R 35/20

Rechtmäßigkeit der Wegzugsbesteuerung nach § 6 AStG i.V.m. § 17 EStG im Falle eines Wegzugs in die Schweiz 1. Darf bei einem Wegzug in die Schweiz zwar die Feststellung der Höhe der Steuer im Wegzugszeitpunkt erfolgen, muss aber zugleich eine dauerhafte Stundung der festgesetzten Steuer ohne Liquiditätsnachteil für den Wegziehenden, bis zur tatsächlichen Realisation des Wertzuwachses der Gesellschaftsanteile entsprechend den Regelungen bei Wegzug ins EU-/EWR-Ausland ermöglicht werden, um mit dem Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Schweizerischen Eidgenossenschaft andererseits über die Freizügigkeit vom 21.06.1999 im Einklang zu sein? 2. Kann die Möglichkeit der Zahlung der Steuer in Teilbeträgen gemäß § 6 Abs. 4 AStG aufgrund der mit der sofortigen Einziehung verbundenen erheblichen Härten den Liquiditätsnachteil bei Wohnsitzverlegung in die Schweiz nicht aufheben?

■ **AusInvestmG § 18:**

Ausland, Schwarzer Fonds, Pauschalierung, Kapitaleinkünfte, Nachweis, Schätzung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 13/20

Kann ein inländischer unbeschränkt steuerpflichtiger Anleger die Pauschalbesteuerung der Einkünfte aus Anteilen an ausländischen thesaurierenden, sog. "schwarzen" Investmentfonds allein durch die Vorlage von Rechenschaftsberichten, Depotauszügen und sonstigen, auf Grundlage des einschlägigen ausländischen (Steuer-)Recht gefertigten Unterlagen abwenden?

■ **BewG § 13 Abs 1:**

Aufteilung, Barwert, Gleichheit, Vermögenübertragung, Rente, Zinsen, Kapitalvermögen, wiederkehrende Leistung, Veräußerungszeitrente

Bundesverfassungsgericht Az: 2 BvR 2247/20

Steuerpflichtige Zinsanteile in Rentenzahlungen bei teilentgeltlicher Übertragung eines Vermögensgegenstands gegen eine Veräußerungszeitrente

--Verfassungsbeschwerde--

■ **DBA SWE Art 4 Abs 1 Buchst b:**

Schenkungssteuer, Ansässigkeit, Doppelbesteuerungsabkommen, Wohnsitz

Bundesfinanzhof Az: II R 27/20

Festsetzung von Schenkungssteuer im Rahmen des Deutsch-schwedischen Steuerabkommens: Steht das DBA SWE der Festsetzung deutscher Schenkungssteuer entgegen, wenn im Zeitpunkt der Schenkung die Schenkungssteuer in Schweden abgeschafft war? Setzt die Möglichkeit nach dem Recht eines Staates aufgrund des Wohnsitzes steuerpflichtig zu werden und damit auch die Ansässigkeit nach Art. 4 Abs. 1 Buchst. b DBA SWE voraus, dass es in diesem Staat ein entsprechendes gültiges Gesetz gibt, welches die Steuerpflicht aufgrund des Wohnsitzes begründet?

■ **DBA SWE Art 4 Abs 1 Buchst b:**

Schenkungssteuer, Ansässigkeit, Doppelbesteuerungsabkommen, Wohnsitz

Bundesfinanzhof Az: II R 28/20

Festsetzung von Schenkungssteuer im Rahmen des Deutsch-schwedischen Steuerabkommens: Steht das DBA SWE der Festsetzung deutscher Schenkungssteuer entgegen, wenn im Zeitpunkt der Schenkung die Schenkungssteuer in Schweden abgeschafft war? Setzt die Möglichkeit nach dem Recht eines Staates aufgrund des Wohnsitzes steuerpflichtig zu werden und damit auch die Ansässigkeit nach Art. 4 Abs. 1 Buchst. b DBA SWE voraus,

dass es in diesem Staat ein entsprechendes gültiges Gesetz gibt, welches die Steuerpflicht aufgrund des Wohnsitzes begründet?

■ ***DBA SWE Art 4 Abs 1 Buchst b:***

Schenkungssteuer, Ansässigkeit, Doppelbesteuerungsabkommen, Wohnsitz

Bundesfinanzhof Az: II R 29/20

Festsetzung von Schenkungssteuer im Rahmen des Deutsch-schwedischen Steuerabkommens: Steht das DBA SWE der Festsetzung deutscher Schenkungssteuer entgegen, wenn im Zeitpunkt der Schenkung die Schenkungssteuer in Schweden abgeschafft war? Setzt die Möglichkeit nach dem Recht eines Staates aufgrund des Wohnsitzes steuerpflichtig zu werden und damit auch die Ansässigkeit nach Art. 4 Abs. 1 Buchst. b DBA SWE voraus, dass es in diesem Staat ein entsprechendes gültiges Gesetz gibt, welches die Steuerpflicht aufgrund des Wohnsitzes begründet?

■ ***ErbStG § 13b Abs 2 S 2 Nr 4a:***

Gesonderte Feststellung, Kapitalgesellschaft, Anzahlung, Vermögen, Forderung

Bundesfinanzhof Az: II R 36/20

Ermittlung von Verwaltungsvermögen: Stellen geleistete Anzahlungen zum Verwaltungsvermögen "andere Forderungen" im Sinne des § 13b Abs. 2 Nr. 4a ErbStG dar?

■ ***ErbStG § 7 Abs 1 Nr 1:***

Schenkungssteuer, disquotale Einlage, Gesellschaftsvermögen, Kommandit, Personengesellschaft, Gesellschafter, Zuwendung, Erbschaftsteuer

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 2072/20

Schenkungssteuer bei disquotaler Einlage in das Gesellschaftsvermögen einer KG
--Verfassungsbeschwerde--

■ ***EStG § 10 Abs 1a S 1 Nr 1:***

Unterhalt, Ehescheidung, Sonderausgabe, Mietwert, Realsplitting

Bundesfinanzhof Az: X R 33/20

Kann ein unterhaltsverpflichteter Steuerpflichtiger die ortsübliche Miete für eine an seinen von ihm dauerhaft getrennt lebenden Ehegatten überlassene Wohnung als Unterhaltsleistung gemäß § 10 Abs. 1a Satz 1 Nr. 1 EStG abziehen? Ist dies --bejahendenfalls-- auch

dann der Fall, wenn der hierfür unterhaltsrechtlich maßgebliche oder in diesem Zusammenhang vereinbarte Wohnvorteil geringer ist als die ortsübliche Miete?

■ ***EStG § 18 Abs 1 Nr 1:***

Fahrtkosten, Kraftfahrzeug, Leasing, Sonderzahlung, Gestaltungsmissbrauch

Bundesfinanzhof Az: VIII R 1/21

Liegt ein Gestaltungsmissbrauch vor, wenn ein Freiberufler, der seinen Gewinn durch Einnahmen-Überschussrechnung ermittelt, die Leasing-Sonderzahlung in einen Zeitraum mit vorübergehend außergewöhnlich hoher beruflicher Nutzung des PKW verlagert?

■ ***EStG § 20 Abs 1 Nr 6:***

Lebensversicherung, Direktversicherung, Zinsen, Beendigung, Arbeitsverhältnis, Sonstige Einkünfte

Bundesfinanzhof Az: X R 44/18

Liegt eine gemäß § 22 Nr. 5 Satz 1 EStG zu versteuernde Direktversicherung -bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen- nur deshalb nicht vor, weil der Vertragsabschluss der Lebensversicherung im Zuge der Beendigung eines Arbeitsverhältnisses erfolgte?

■ ***EStG § 20 Abs 2 S 1 Nr 2 Buchst b:***

Anleihe, Veräußerung, Abgeltungsteuer, Tarif, Trennung, Gestaltungsmissbrauch, Verlustausgleich

Bundesfinanzhof Az: VIII R 30/20

Einkommensteuerrechtliche Beurteilung des sog. Bondstripping von im Privatvermögen gehaltenen Bundesanleihen mit anschließender Veräußerung der Zinsscheine an eine Bank und der Anleihenmäntel an eine vom Veräußerer beherrschte Kapitalgesellschaft:- Sind die Verluste aus der Veräußerung der Anleihenmäntel mit der Folge von der Abgeltungsteuer ausgenommen, dass sie zur Verrechnung mit anderen positiven Einkünften zur Verfügung stehen?- Liegt in der Veräußerung der Anleihenmäntel an die vom Veräußerer beherrschte Kapitalgesellschaft ein Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten in Gestalt der missbräuchlichen Ausnutzung einer Missbrauchsvermeidungsvorschrift?

■ **ESStG § 33a Abs 1 S 5:**

Unterhalt, Negative Einkünfte, Verrechnung, Ausbildungsbeihilfe, BAföG-Zuschuss

Bundesfinanzhof Az: VI R 45/20

Können negative Einkünfte (verbleibend nach Saldierung negativer und positiver Einkünfte bzw. Bezüge) einer i.S. von § 33a Abs. 1 EStG dem Steuerpflichtigen oder seinem Ehegatten gesetzlich unterhaltsberechtigten Person mit erhaltenen Ausbildungsbeihilfen aus öffentlichen Kassen (hier: BAföG-Leistungen) verrechnet werden?

■ **ESStG § 4 Abs 1:**

Kraftfahrzeughandel, Leasing, Verbindlichkeit, Anschaffungskosten

Bundesfinanzhof Az: XI R 20/20

Steuerrechtliche Behandlung der im Rahmen eines Leasing-Restwertmodells von einem Kfz-Händler zu leistenden Beteiligungsbeträge: Handelt es sich bei den im Rahmen eines Leasing-Restwertmodells zu zahlenden Beteiligungsbeiträgen um Verbindlichkeiten, die im Rahmen von Neuwagengeschäften eingegangen werden oder sind diese Beträge den Anschaffungskosten des von der Leasinggesellschaft zurückerworbenen Fahrzeugs zuzurechnen?

■ **ESStG § 4 Abs 3:**

Einnahmeüberschussrechnung, Umsatzsteuervorauszahlung, Fälligkeit, Abfluss, Fristverlängerung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 25/20

Ist die Umsatzsteuer-Vorauszahlung für den Monat Dezember bei Gewinnermittlung durch Einnahme-Überschussrechnung auch dann im Jahr der wirtschaftlichen Zugehörigkeit als Betriebsausgabe zu berücksichtigen, wenn sie zwar innerhalb von zehn Tagen nach dem Jahreswechsel geleistet wurde, aber aufgrund einer dem Unternehmer gewährten Dauerfristverlängerung für die Abgabe der Umsatzsteuer-Voranmeldungen erst später fällig war?

■ **ESStG § 6b Abs 3 S 1:**

Verschmelzung, Rücklage, Passivierung, Auflösung

Bundesfinanzhof Az: I R 56/19

Auflösung einer Rücklage gemäß § 6b EStG bei der übertragenden Gesellschaft oder bei der aufnehmenden Gesellschaft einer Verschmelzung¹. Ist im Falle der Verschmelzung einer AG auf eine GmbH die Passivierung einer Rücklage nach § 6b Abs. 3 EStG, die einst von einer GmbH & Co. KG gebildet und im Wege der Anwachsung auf die AG

übergegangen war, bei der GmbH - d.h. bei der übernehmenden Gesellschaft der Verschmelzung - ausgeschlossen, wenn die Rücklage wegen Ablaufs des letzten (d.h. des vierten bzw. sechsten) Wirtschaftsjahres schon bei der AG - d.h. bei der übertragenden Gesellschaft der Verschmelzung - nicht mehr passiviert werden konnte? 2. Ist eine am Schluss des vierten (bzw. sechsten) Wirtschaftsjahres noch bestehende Rücklage noch im selben Wirtschaftsjahr gewinnerhöhend aufzulösen und muss dies im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten bei der Erstellung der Steuerbilanz umgesetzt werden? Ist § 6b Abs. 3 Satz 5 EStG nicht so zu verstehen, dass die Rücklage noch in der letzten logischen Sekunde des Wirtschaftsjahrs besteht, so dass im Falle einer Verschmelzung ein Übergang auf die übernehmende Gesellschaft und dort eine gewinnerhöhende Auflösung in Betracht käme (entgegen FG Münster, Urteil vom 17.09.2018 13 K 2082/15 K,G, EFG 2019, 370, Revision eingelegt, Az. des BFH: XI R 39/18)?

■ ***EStG § 9 Abs 1 S 1:***

Vermietung und Verpachtung, Gesellschaft, Immobilienfonds, Sonderwerbungskosten, Rückabwicklung

Bundesfinanzhof Az: IX R 18/20

Anerkennung von (vergeblichen) Sonderwerbungskosten, die im Zusammenhang mit dem Begehren auf Rückabwicklung einer Beteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds stehen?

■ ***EStG § 9 Abs 4:***

Erste Tätigkeitsstätte, Zuordnung, Feuerwehrmann, Lebenssachverhalt, Arbeitsvertrag

Bundesfinanzhof Az: VI R 48/20

Welche Anforderungen sind an eine erste Tätigkeitsstätte i.S. des § 9 Abs. 4 Sätze 1 bis 3 und Satz 4 EStG bei einem Feuerwehrmann zu stellen, der arbeitsvertraglich auf mehreren Wachen eingesetzt werden kann, tatsächlich aber nur auf einer Wache tätig ist? - Falls danach keine erste Tätigkeitsstätte gegeben ist, kommt dann § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 3 EStG für den Werbungskostenabzug für die Fahrten zwischen seiner Wohnung und der einen Wache zur Anwendung?

- **FGO § 116 Abs 7:**
Rechtszug, Zulassung, Einzelfall, Rechtsfehler

Bundesfinanzhof Az: IX R 17/20

Zulassung der Revision durch den Bundesfinanzhof (BFH) aufgrund eines Rechtsfehlers des Finanzgerichts im konkreten Einzelfall. Das Revisionsverfahren IX R 17/20 (eingeschränkt auf Einkommensteuer 2012 bis 2014) stellt den 2. Rechtsgang dar, der 1. Rechtsgang ist durch das BFH-Urteil vom 04.12.2018 - IX R 15/18 erfasst.

- **GewStG § 9 Nr 3:**
Gewerbsteuer, Kürzung, Doppelbesteuerung, Betriebsstätte, Gewinnverteilung, Geschäftsleitung

Bundesfinanzhof Az: I R 32/20

Gewerbsteuer: Kürzung nach § 9 Nr. 3 GewStG bei inländischen Betriebsstätten - Aufteilung der Gewinne zwischen ausländischem Ort der Geschäftsleitung und inländischer Betriebsstätte¹. Wird nach einem DBA der im Inland befindlichen Betriebsstätte (hier: Baustellen zum Bau von Wohnungen) eines Vertragsstaats das Besteuerungsrecht zugewiesen (Art. 5 Abs. 1, Abs. 2 und Abs. 3 DBA-Niederlande), löst dies dann, entweder grundsätzlich oder im Hinblick auf detaillierte inländische Besteuerungsmerkmale, eine Besteuerungspflicht dieses Vertragsstaats aus? Obliegt die Ausgestaltung der Besteuerung einzig innerstaatlichem Recht (hier: § 9 Nr. 3 Satz 1 GewStG), soweit das DBA keine Einschränkungen vorgibt?². Ist für die Zuordnungsentscheidung über die Aufteilung der Gewinne zwischen ausländischer Geschäftsleitungs-Betriebsstätte und inländischen Betriebsstätten der Charakter der Gewerbsteuer als Objektsteuer zu berücksichtigen?³. Bedeuten im Rahmen eines Joint Audits getroffene Vereinbarungen über die Zuweisung von Gewinnen (hier: aus der Bebauung und Veräußerung der Wohngrundstücke) eine verbindliche Festlegung der Beteiligten?

- **KraftStG § 3 Nr 5:**
Kraftfahrzeug, Steuerbefreiung, Krankentransport

Bundesfinanzhof Az: IV R 27/20

Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für Krankentransportfahrzeuge: Führt jede medizinisch verordnete Behandlungsmaßnahme ohne weitere Einschränkungen zu einer "gewissen Dringlichkeit" der Beförderung im Sinne der zu § 3 Nr. 5 KraftStG ergangenen BFH-Rechtsprechung, oder ist eine solche bei Verordnungen, die für einen längeren Zeitraum Gültigkeit haben oder die bereits mehrere Wochen vor Inanspruchnahme der Beförderung ausgestellt worden sind, nicht (mehr) gegeben?

■ **KStG § 14 Abs 5:**

Organschaft, Finanzielle Eingliederung, Verschmelzung, Abweichendes Wirtschaftsjahr, Folgebescheid

Bundesfinanzhof Az: I R 36/20

Körperschaftsteuerrechtliche Organschaft¹. Liegt eine finanzielle Eingliederung bei einer Verschmelzung des Organträgers auf einen anderen Rechtsträger auch bei abweichendem Wirtschaftsjahr der Organgesellschaft vor?². Ist der Körperschaftsteuerbescheid ein Folgebescheid zum Feststellungsbescheid nach § 14 Abs. 5 KStG?

■ **KStG § 2:**

Stiftung, Gemeinnützigkeit, Beschränkte Steuerpflicht, Ausland

Bundesfinanzhof Az: V R 15/20

Wie wirken sich die Vorschriften anderer Staaten (hier: Österreich) auf die deutschen Vorschriften des Gemeinnützigkeitsrechts bei im Inland beschränkt steuerpflichtigen ausländischen Stiftungen aus?

■ **KStG § 8 Abs 7 S 1 Nr 2:**

Verlustverrechnung, Dauerdefizitärer Betrieb, Verdeckte Gewinnausschüttung, Rückwirkung

Bundesfinanzhof Az: I R 31/20

Rückwirkende Anwendung des § 8 Abs. 7 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2009 trotz fehlender Flankierung durch die erstmals im VZ 2009 geltende Spartentrennung - Bindung an eine versehentlich vom Gesetzgeber geschaffene Rechtslage - Vereinbarkeit mit dem EU-Beihilferecht¹. Kann der gesetzliche Ausschluss der Rechtsfolgen einer verdeckten Gewinnausschüttung in Veranlagungszeiträumen vor 2009 nach § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2, § 34 Abs. 6 Satz 4 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2009 ohne entsprechende rückwirkende Anwendbarkeit der als Flankierung hierzu beabsichtigten Spartentrennung nach § 8 Abs. 9, § 34 Abs. 6 Satz 9 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2009 durch eine einschränkende Auslegung der Rückwirkungsanordnung in § 34 Abs. 6 Satz 4 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2009 korrigiert werden?². Steht Art. 108 Abs. 3 Satz 3 AEUV einer Anwendung von § 8 Abs. 7 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2, § 34 Abs. 6 Satz 4 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2009 im Veranlagungszeitraum 2006 ohne Flankierung durch die erstmals im Veranlagungszeitraum 2009 geltende Spartentrennung nach § 8 Abs. 9, § 34 Abs. 6 Satz 9 KStG 2002 i.d.F. des JStG 2009 entgegen?

- **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**
Steuerbare Leistung, Sonstige Leistung, Ort der Leistung, Nachweis
Bundesfinanzhof Az: XI R 22/20
 Umsatzsteuerrechtliche Bestimmung des Leistungsorts bei elektronischen Dienstleistungen
 Hat die Klägerin ausreichend nachgewiesen, dass die elektronischen Dienstleistungen an einen Leistungsempfänger erbracht wurden, der sein Unternehmen im Ausland betreibt, und der Ort der Leistung somit nicht im Inland liegt?

- **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**
Steuerbare Leistung, Sonstige Leistung, Ort der Leistung, Nachweis
Bundesfinanzhof Az: XI R 23/20
 Umsatzsteuerrechtliche Bestimmung des Leistungsorts bei elektronischen Dienstleistungen
 Hat die Klägerin ausreichend nachgewiesen, dass die elektronischen Dienstleistungen an einen Leistungsempfänger erbracht wurden, der sein Unternehmen im Ausland betreibt, und der Ort der Leistung somit nicht im Inland liegt?

- **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**
Steuerbarkeit, Steuerfreiheit, Privatliquidation, Verzicht, Entschädigung
Bundesfinanzhof Az: V R 36/20
 Steuerbarkeit und Steuerpflicht einer "Entschädigung" für den Verzicht auf ein chefärztliches Privatliquidationsrecht - Spiegelbildliche Besteuerung von Leistung und Verzicht?

- **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**
Geldspielautomat, Glücksspiel, EU, EG, Unionsrecht, Umsatzsteuer, Mehrwertsteuer, Glückspielautomat, Spielbank, Steuerbarkeit, Steuerpflicht, Steuerbefreiung, Steuererleichterung
Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 2540/20
 Umsatzsteuerbesteuerung beim Betreiben von Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit ist mit Unionsrecht vereinbar
 --Verfassungsbeschwerde--

- **UStG § 1 Abs 1 Nr 1:**
Geldspielautomat, Glücksspiel, EU, EG, Unionsrecht, Umsatzsteuer, Mehrwertsteuer,

Glückspielautomat, Spielbank, Steuerbarkeit, Steuerpflicht, Steuerbefreiung, Steuererleichterung

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 2531/20

Umsatzsteuerbesteuerung beim Betreiben von Geldspielautomaten mit Gewinnmöglichkeit ist mit Unionsrecht vereinbar

--Verfassungsbeschwerde--

■ ***UStG § 10 Abs 4 S 1 Nr 1:***

Entnahme, Bemessungsgrundlage, Blockheizkraftwerk

Bundesfinanzhof Az: XI R 38/20

Bemessungsgrundlage für die Entnahme von Wärme aus dem Betrieb eines Blockheizkraftwerks Nach welcher Methode ist die Bemessungsgrundlage für die Entnahme von Wärme aus dem Betrieb eines Blockheizkraftwerkes zu ermitteln?

■ ***UStG § 12 Abs 2 Nr 1:***

Verzehr an Ort und Stelle, Ermäßigter Steuersatz, Regelsteuersatz, Food Court, Speisenerlieferung, Restaurationsumsatz, Dritteigentum

Bundesfinanzhof Az: V R 42/20

1. Kommt es für die Berücksichtigung von Verzehrvorrichtungen bei der Abgrenzung zwischen Lieferung und sonstiger Leistung als Dienstleistungselement darauf an, ob die vom Speisenanbieter angebotenen Speisen unabhängig von der Mobiliarnutzung konsumiert werden können? 2. Kommt es für die ausschließliche Bestimmung von Mobiliar zur Erleichterung des Verzehrs von Lebensmitteln auf die objektive Empfängersicht an? 3. Steht es der Berücksichtigung von Verzehrvorrichtungen, die im Eigentum eines Dritten stehen und sich in einer sog. Gastronomie-Mall, die Teil eines Gebäudes (Einkaufszentrum, Fußballstadion o.ä.) ist, befinden, bei der Abgrenzung zwischen Lieferung und sonstiger Leistung als Dienstleistungselement entgegen, dass die Verzehrvorrichtungen von allen Besuchern des Gebäudes genutzt werden dürfen?

■ ***UStG § 12 Abs 2 Nr 11:***

Ermäßigter Steuersatz, Beherbergung, Verpflegung, Parkplatz, Nebenleistung

Bundesfinanzhof Az: XI R 34/20

Umsatzsteuerrechtliche Behandlung von Frühstücksleistungen und Parkplatzgestaltung bei einer Hotelübernachtung Handelt es sich bei Frühstücksleistungen um unselbständige Nebenleistungen zur Übernachtungsleistung, die dem ermäßigten Steuersatz unterliegen, oder fallen diese Leistungen unter das Aufteilungsgebot des § 12 Abs. 2 Nr. 11 Satz 2

UStG und sind mit dem Regelsteuersatz zu besteuern? Dient die Einräumung von Parkmöglichkeiten der Vermietung, so dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der Übernachtung und der Parkplatzgestaltung besteht und diese dem ermäßigten Steuersatz unterliegt?

■ **UStG § 12 Abs 2:**

Ermäßigter Steuersatz, Kantine, Restaurantleistungen, Einheitliche Leistung

Bundesfinanzhof Az: XI R 24/20

Besteuerung der Umsätze aus dem Verkauf von Kantinenmahlzeiten: Ist für Zeiträume nach Ergehen der MwSt-DVO am 15.03.2011 die Art der Speisenzubereitung noch als qualifizierendes Dienstleistungselement bei der Einordnung der Speisenerstellung als Restaurationsleistung anzusehen? Welche Rolle spielt die Zurverfügungstellung von Mobilien durch den leistenden Unternehmer?

■ **UStG § 14 Abs 4:**

Rechnung, Beleg, Vorsteuerabzug, Anforderung, Umsatzsteuer, Mehrwertsteuer, Nachweis, Papierform, Datenverarbeitung, Schriftform

Bundesverfassungsgericht Az: 1 BvR 2269/20

Rechnungsanforderungen für den Vorsteuerabzug
--Verfassungsbeschwerde--

■ **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Vorsteuerabzug, Rechnungsberichtigung, Rückwirkung, Mindestangabe, Reverse-Charge-Verfahren, Irrtum

Bundesfinanzhof Az: V R 33/20

Ist eine rückwirkende Rechnungskorrektur wegen Fehlens einer Mindestangabe in einer Rechnung auch dann zu versagen, wenn die Beteiligten von der Anwendung des Reverse-Charge-Verfahrens ausgegangen sind und auf dieser Grundlage unter Anwendung des § 14a Abs. 5 UStG abgerechnet haben?

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**
Vorsteuerabzug, Unternehmer, Ehegatten, Wirtschaftsgemeinschaft, Leasing, Wirtschaftliche Tätigkeit

Bundesfinanzhof Az: V R 29/20

1. Ist ein finanziell unabhängiger Vermieter-Ehegatte nichtwirtschaftlich tätig und damit Nichtunternehmer im Sinne des Umsatzsteuerrechts, wenn er seine Leistung (hier: langfristige Nutzungsüberlassung des PKW aufgrund eines Leasingvertrages) nicht am allgemeinen Markt, sondern ausschließlich gegenüber dem Ehepartner (Endverbraucher) erbringt, er den PKW auch selbst als Allein- oder Mitfahrer nutzt und die erzielten Einnahmen nicht kostendeckend sind? 2. Kann eine nur gelegentlich ausgeübte und für sich genommen noch nicht steuerbare Tätigkeit selbst in Anbetracht dieser besonderen Umstände (unter 1.) wegen anderen in Vorjahren erzielten Umsätzen des Leistungsgebers in erheblicher Höhe als unternehmerisch gewertet werden (sog. Überlagerung im Sinne der EuGH-Rechtsprechung)?

- **UStG § 15 Abs 1 S 1 Nr 1:**
Beratung, Leistung, Unentgeltlichkeit, Entnahme

Bundesfinanzhof Az: V R 32/20

Streitgegenständlich ist, ob die von der Klägerin bezogenen Outplacement-Beratungsleistungen im Sinne der EuGH- und BFH-Rechtsprechung überwiegend für die Bedürfnisse der Klägerin bezogen wurden oder ob im Zeitpunkt des Leistungsbezugs beabsichtigt war, die Leistung ausschließlich für eine unentgeltliche Entnahme/für den privaten Bedarf des Personals i.S. des § 3 Abs. 9a UStG zu verwenden?

- **UStG § 2 Abs 2 Nr 2 S 1:**
Organschaft, Organgesellschaft, Wirtschaftliche Eingliederung, Mittelbare Eingliederung, Geschäftsbeziehung, Wesentlichkeitsprüfung

Bundesfinanzhof Az: V R 28/20

1. Ist für die Beantwortung der Frage, ob eine wirtschaftliche Eingliederung im Sinne einer umsatzsteuerrechtlichen Organschaft vorliegt, (immer) eine Wesentlichkeitsprüfung durchzuführen hinsichtlich des Leistungsaustausches zwischen dem Organträger und der Organgesellschaft, oder der vom Organträger und der Organgesellschaft aufeinander abgestimmten Leistungen an Dritte? 2. Nach welchen Maßstäben und Regeln ist eine solche Prüfung durchzuführen? Wie unterscheidet sich diese Prüfung bei Fällen, in denen Organträger und Organgesellschaft aufeinander abgestimmte Leistungen an Dritte durchführen, gegenüber den Fällen, in denen ein direkter Leistungsaustausch zwischen dem Organträger und der Organgesellschaft stattfindet? Ändern sich diese Maßstäbe bei einer deutlich ausgeprägten finanziellen und organisatorischen Eingliederung? Ändern sie sich bei einer mittelbaren Eingliederung? 3. Kann das Vorliegen einer gegenseitigen Förderung und Er-

gänzung im Rahmen einer wirtschaftlichen Einheit i.S.d. Art. 11 MwStSystRL eine Wesentlichkeitsprüfung entbehrlich machen?4. Welches Verhältnis ist für eine "mehr als unerhebliche Geschäftsbeziehung" zu fordern?

■ **UStG § 4 Nr 17 Buchst b:**

Beförderungsleistung, Krankentransport, Steuerfreiheit, Wettbewerb

Bundesfinanzhof Az: XI R 25/20

Besteuerung der Beförderung von kranken und verletzten PersonenErfordert es § 4 Nr. 17 Buchst. b UStG, dass die vorhandenen, besonderen Einrichtungen eines Fahrzeuges auch tatsächlich Verwendung im Rahmen des Transports finden?Kommt eine unmittelbare Anwendung des Art. 132 Abs. 1 Buchst. g MwStSystRL in Betracht und wird diese Anwendung auch nicht durch Art. 134 Buchst. b MwStSystRL ausgeschlossen?

■ **UStG § 4 Nr 21 Buchst a DBuchst bb:**

Steuerfreiheit, Bescheinigung, Unterrichtende Tätigkeit, Beruf, Prüfungsvorbereitung, Gesetzeswortlaut

Bundesfinanzhof Az: V R 39/20

Qualifizierungslehrgänge zum Kräuterpädagogen als steuerfreie Leistungen nach § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG:Knüpft der Gesetzgeber mit § 4 Nr. 21 Buchst. a Doppelbuchst. bb UStG die Steuerfreiheit an die Bedingung, dass die Bescheinigung nähere Angaben zur Tätigkeit des Steuerpflichtigen machen muss oder reicht es aus, wenn die Behörde unter Benennung der Vorschrift bescheinigt, dass der Steuerpflichtige die darin benannten Voraussetzungen erfüllt?